

**Bezugspreise:**  
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Ausstellung 3.00 Mark, vierteljährlich  
9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark  
auschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtl. Zeitungverzeichnis unter  
Coale-Zeitung eingetragen. Für  
unsern eingegangenen Monats-  
preise wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe „Coale-Zeitung“ ge-  
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1143  
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

**Morgen-Ausgabe.**

# Coale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gestrichelte 34 mm breite  
Millimeterzeile oder deren Raum  
30 Pf. und Zeilen mit 02 mm  
breite Millimeterzeile 40 Pf. An-  
zeigen nehmen an unserer Ge-  
schäftsstelle an. Für die Anzeigen-  
geschäfte. Erhebungszeit: Halle,  
Erstausgabe täglich 2 mal, Sonn-  
tag und Montag 1 mal.  
Schriftleitung: Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Post-  
straße 1a, St. Orenhausstr. 17.  
Halle - Geschäftsstellen: Große  
Wiesstraße 52 und Markt 24.  
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 17.

Halle, Sonntag, den 11. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

## Der Friede in Kraft getreten!

**WTB. Paris, 10. Januar. (Sonderdepeche.)** Heute nachmittag 4 Uhr zeichneten am Quay d'Orsay im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simson und Freiherr von Leruner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November. Sodann übergab Clemenceau die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow. Damit ist der Friede in Kraft gesetzt. Clemenceau erklärte, daß noch heute abend der Befehl zur Heimsendung der deutschen Gefangenen unterschrieben werde.

### Ist das der Frieden?

Von  
Carl Helms.

Gestern nachmittag um 4 Uhr ist in Paris der Frieden unterschrieben worden. Wichtige gesagt: Die Ratifikation ist unterschrieben worden. Den Friedensvertrag selbst haben wir schon vor einer Reihe von Monaten unterschrieben. Man hat feierlich ein Protokoll aufgesetzt, das unterschrieben werden mußte und man hat uns zu den alten Zeiten neue aufträgt. Mit dem 10. Januar ist ein ganze Volkserhebung auf Jahrhunderte hinweg zu sein. Wir aber glauben nicht daran! Wir sehen immer nur papierne Urkunden, die einen völkerrechtlichen Unfuss enthalten, der Wirklichkeit niemals werden kann. Wir werden auch nach diesem schwarzen Januartag nicht aufhören zu glauben, daß das deutsche Volkes Schicksal mit dem geliebten Austausch der Urkunden noch nicht abgeschlossen ist. Doch ist nicht alles Tage Abend! Der Tag des Deutschen wird dennoch kommen! Das Unrecht von Versailles und Paris wird seine Wiedergutmachung finden und finden müssen. Es hiesse uns selber aufgeben, wenn wir diesen Glauben verlieren wollten.

Die Welt spricht von Frieden, der angeblich jetzt endgültig eingetreten ist. Man wird fröhlich marieren und von einer neuen Zeit sprechen, die jetzt angebrochen ist. Wir können keine Freude empfinden, denn uns läßt die Nachricht, daß die Ratifikation vollzogen ist, kalt. Freude empfinden wir nur dann, wenn den Hunderttausenden von deutschen Brüdern recht schnell der Tag der Freiheit anbricht, an dem sie ihr Vaterland, die Heimat und die lang entbehrten Angehörigen wieder erhalten. Darüber hinaus wird man heute auch im ganzen deutschen Volk keine Freude empfinden, denn die November-Erfahrungen von 1918 sind inzwischen gründlich verflattet. Einst waren es immerhin beträchtliche Teile des deutschen Volkes, die Freude empfanden, als der Waffenstillstand unterzeichnet worden war. Sie glaubten an eine schnelle Heimkehr unserer in der Gefangenenschaft schmachtenden Brüder, sie glaubten an eine flotte und kräftige Belohnung des deutschen Lebensmittelmannes und daran, daß nun bald wieder geordnete Zustände in unserem Vaterlande herrschen würden. Alles das war eine fata morgana, ein trügerisches Spiegelbild. Von Tag zu Tag, durch die langen Monate des Winters, des Sommers und des Herbstes bis wieder in den Winter hinein mußten wir mehr und mehr erkennen, daß Deutschland einem Phantom nachjagt war. Es sollte keinen Frieden geben und es gab keinen Frieden! Und so läßt uns dieser 10. Januar kalt. Er ist für uns ein grauer Tag wie jeder andere auch, seitdem wir Freiheit und Selbständigkeit verloren und so Höflichen der nach unerhörten Gewinnen judenden Entente wurden.

Ist das der Frieden? Diese Schicksalsfrage werden sich in der Folgezeit gewiß auch diejenigen oft vorlegen, die in guter deutscher Weise die Föhne der Hoffnung stets erneut aufpflanzen und an den Frieden, den wirlichen Frieden glauben, den sie erst finden. Jenen Frieden, der der Welt Ruhe geben und uns die Möglichkeit lassen sollte, ein neues Reich zu fundamentieren und neu aufzubauen, damit Deutschland auch in den künftigen Jahrzehnten ein gewichtiger Faktor in den kulturellen Fortschritten der Gesamtheit sein könne. Bisher ahnten wir ja nur, was uns dieser Eschandebringer bringen wird. Wir lasen die 40 Artikel und schüttelten den Kopf über so eine Menge un sinniger Forderungen. Jetzt soll die Abnung Wirklichkeit, der Unfuss Paris werden. Unsere Brüder jenseits des Stromes, der niemals Deutschlands Grenze werden darf, sollen nach auf fünf bis fünfzehn Jahre von uns getrennt sein nur zu oft werden wir immer wieder über Schandtatzen zu berichten haben, die die Herzen der Franzosen aus den verachteten Teilen Westras an deutschen Frauen und Mädchen überden. Willkuren von deutschen Brüdern werden überhaupt von uns getrennt werden. Und in den Ab-

stimmungsgebieten, in Schleswig, im südlichen Ostpreußen und in Oberschlesien, werden in den nächsten Tagen und Wochen feindliche Truppen einziehen. Klagen, bittere Klagen werden nur zu bald aus dort kommen, und immer wieder werden wir uns die Frage vorlegen: Ist das der Frieden? Ist das der Frieden, für den fast zwei Millionen der Besten unter uns ihr junges Leben in fremder Erde ließen?

Wir betonten bisher immer rein theoretisch, daß wir die einzig lichen Bedingungen des umfangreichen Werkes von Versailles nicht würden ertragen können. Jetzt kommt die Probe aufs Exempel! Jetzt soll die letzte Abfertigung von b. deutenden Vermengungen folgen; nunmehr sollen in wenigen Tagen 192 000 Tonnen Eisenmaterial zur Abfertigung kommen. Jahrelange Kommissionen der Entente beschäftigen jetzt schon die Großstädte. Noch mehr Kommissionen werden folgen. Immer weitere Hotels werden dem Fremdenverkehr entzogen werden müssen, um dem Aufschwung unserer Eisenhändler zu dienen. Die Finanzkontrolle wird beginnen und nur zu bald wird der praktische Beweis geführt werden, daß die Lage des freien deutschen Volkes hinter uns liegen. Kupfer, Spiegle und Spione werden unsere Geue durchziehen, damit der nachlässigen Entente auch nicht einer derjenigen entgeht, die nach dem Willen der Londoner und Pariser Machthaber die Gefängnisse der Entente jieren sollen. Befehle die Entente auf die Auslieferung, zur Annahme des Gegenfalls liegt noch kein Grund vor, dann wird eine wüste Hecherei nach deutschen Männern beginnen, die nichts als ihre große osterländische Pflichten taten. Unglaubliche Steuern müssen wir jetzt schon aufbringen, noch größere Summen werden verlangt werden, wenn erst die Entente ihre Forderungen bekannt gegeben hat. Die Zukunft wird zu zeigen haben, ob wir noch das notwendige Geld für Erfüllung wichtiger kultureller Forderungen übrig haben, ob wir die Verpflichtungen erfüllen können, die wir gegenüber den Kindern und den Witwen der heldenhaft gefallenen deutschen Brüder haben. Und wiederum hängt sich ganz von selbst die Frage auf: Ist das der Frieden?

Damit ist des Jammers nicht genug. Die Stunde, die uns die Friedensnachricht bringt, häuft auch Nachrichten über eine neue Streikwelle, die unser Vaterland überflutet. Stimmen der Vernunft machen sich hier und da bemerkbar. Ihnen gegenüber aber stehen andere, die jede Ueberlegung vermissen lassen. Wieder einmal muß es den Unfuss, als ob die neue Strikwelle die letzten Reste der ehemals stolzen deutschen Volksmoralität verfliegen könnte. Just dieser

Augenblick scheint unserem Habitualismus geeignet zu sein, eine neue Kraftprobe zu unternehmen. Weil diesen Politikern nicht alle Wünsche beim Betriebsrätegesetz erfüllt werden, soll erneut an Gasse und Wasse appelliert werden. Die Not des Volkes, die keine Regierung von heute auf morgen beseitigen könnte, weil keine Regierung die schändliche Hungerperiode und ihre Folgen ungescheher machen kann, muß dem Habitualismus das Fundament für die neue Kraftprobe sein. Unertägliche Steuern, die unvermeidlich sind und die zu einem guten Teile eine Folge des von der unabhängigen Sozialdemokratie am besten erstrebten Verfall der Friedensverträge darstellen, wirken auf die Stimmung des Volkes. Und was das ist dem Habitualismus gut genug, um sein Werk fortzusetzen und im Trüben zu fischen. Er spricht von der Not des Volkes und von den größeren Risiken beim Betriebsrätegesetz, er meint aber den Sturz der Regierung! Darum, um nichts anderes handelt es sich! Man hält das Volk für müde genug, um sich willkürlich einem Klassenregiment, der Diktatur einer einzigen Schicht zu beugen! Daran möge man denken, wenn sich die mandelä 4 Nachrichten in den nächsten Tagen befähigen und wirklich Teilrechts zu einem allgemeinen Streik führen sollten. Auch hier bei den Fragen unseres inneren, unseres Wirtschaftslebens soll man sich die Frage vorlegen: Ist das der Frieden? Kommen wir zur Ruhe, wenn wir unverantwortlichen Spekulanten folgen? Erhalten wir billige Nahrung und billige Kleidung, wenn wir erneut unsere ohnehin kümmerlich wirtschaftlichen lahmlegen? Ist es klug, wenn wir die geringe Inflationssteigerung, die nach der Ratifikation eintreten könnte und die dem Geringsten unter uns zugute kommen würde, durch Arbeitsruhe unmöglich machen? Diese und unzählige andere Fragen, die sich aufdrängen, wird man nur mit einem energischen Nein beantworten können. Wenn die überredlichen Leiter hier unser Kraftprobe in Szene legen wollen, dann muß das ganze Völkertum zeigen, daß es die Bedeutung der Stunde zu schätzen weiß. Und nicht minder muß auch die Masse der Arbeiterschaft den Beweis liefern, daß sie selbst zu denken gelernt hat und daß sie nicht vorbedachtlos glaubt, was eine kleine Schaar von Unverantwortlichen überredet. Volken wir die äußere Wiedergutmachung, dann müssen wir zunächst im Innern zur Bestimmung kommen. Arbeit, nicht Streik und noch weniger Generalkrieg muß die Parole sein. Befolgen wir diese Parole, dann wird auch die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage: „Ist das der Frieden?“ mit der ausfallen!

### Abschiedsworte der deutschen Reichsregierung.

Ein Aufruf an die abzutretenden Gebiete. — Die unergänzlichen gemeinsamen Güter. — Weitere Fürsorge für die verlorenen Brüder und Schwestern.

**WTB. Berlin, 10. Januar. (Drahtnachricht.)** Der Reichspräsident und die Regierung haben folgende Kundgebung erlassen:

Wir die deutsche Bevölkerung der aus dem Reich ausgeschiedenen Landesteile.  
Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wechlos der Willkür der Gegner preisgegeben und legt uns unter dem Titel des Friedens die schwersten Opfer auf. Das Schwerkste aber, das man uns aufzwingt, ist der Verlust auf deutsche Landesgebiete im Osten, Westen und Norden. Unter Abtretung des Reiches auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende deutsche Volksgenossen fremden Staatsgewalten unterstellt.  
Deutsche Brüder und Schwestern! Nicht nur in der Stunde des Abschiedes, sondern immerdar wird die Trauer über diesen Verlust unsere Herzen erfüllen, und wir geben Euch im Namen des geliebten deutschen Volkes, daß wir Euch immer vergessen werden. Auch Ihr werdet nun gemeinsamen deutsche

Mutterland nicht vergessen können, das sind wir gewiß. Ueber die zerstörte Staatsgemeinschaft hinaus werden Euch Herzen

Erene halten der deutschen Stammes und Kulturgemeinschaft.  
die der Abtrübnen Eures geliebten Lebens war und jederzeit bleiben wird.  
Seien wir uns in dieser schweren Zeit des Verlustes des Reichs nicht fremde Brüder, uns werden kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter lehrt, gemeinsam die Welt der Gedanken, der Werte, der Taten, der Bilder, in denen die großen Meister unseres Volkes nach dem höchsten und edelsten Wesen deutscher Kultur gerungen haben. Mit allen Fasern unseres Denkens, unseres Lebens und ganzen Geistes bleiben wir verbunden. Was von unserer Seite geschehen kann, um Euch die Muttersprache, die nationale Eigenart, den innigen geliebten Zusammenhang mit dem Heimatland zu erhalten, das wird geschehen. Wie es Ihnen, soweit Verhandlungen möglich werden, unsere sorgsamste Sorge war, Euch trotz der Verzweiflung

### Die nationale Lebensrechte zu wehren.

So werden wir auch nicht aufhören, dafür einzutreten, daß die verträglich abgegrenzten Aufgaben gelöst werden. Unsere Schiene aber und alle unsere Einrichtungen die Bildung des Volkes, für die Pflege der Wissenschaften und Künste sollen auch weiterhin von ebenem effizienten. Hierbei soll jedoch der höchsten Qualität und die höchste Band geschätzt und gestärkt werden. Der unermüdetlich und unverleglich Gehalt an geistigen Gütern, den das deutsche Volk besitzt, gehört Euch mit. Seine nationale Bindkraft wird sich bewähren.

Seit Jahrhunderten schon war es das Schicksal unseres Volkes, daß zahlreiche Deutsche außerhalb des deutschen Staatsverbandes unter fremder Herrschaft gelitten haben. Auch immer inmitten fremden Völkern über die Grenzen hinaus, sie haben die Kraft der Eigenart und den eigenen Zusammenhalt mit dem Vaterlande in den schwierigsten Zeiten bewahrt und die Kraft ihrer nationalen Kultur über weite Gebiete ausgedehnt. Ihre Arbeit wird auch vorbildlich sein für die schweren Jahre, die ein hohes Geschick Euch auferlegt. Deutsche Herzen verzagen nicht, und deutscher Wille flubet den Weg.

Sich zu behaupten. Sieid gewiß, daß unsere Teilnahme, unsere Sorge und unsere heilige Liebe Euch unverbrüchlich erhalten lißen.

In diesen gegenseitigen Vertrauen wollen wir in der schweren Stunde der äußeren Trennung uns untereinander in innere Gemeinschaft in erhöhtem Maße bemüht werden. Über- als Grenzschleife hinaus bildet das deutsche Volk ein einziges Ganzes.

Sieid hier mit uns in den Glauben: Das deutsche Volk wird nicht untergehen. Aus der tiefen Trübsal dieser Tage wird es sich erheben, von der schwer erzwungenen, sich stillen Grundlage aus wird es durch Entfaltung aller guten Kräfte den Aufstieg gewinnen zu höchster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kultur.

Vollkommen! Mit der gemeinsamen Trennung ist Euch und uns hartes Unrecht geschehen. Das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung verweigert worden. Wir werden die Forderung nicht aufgeben, daß auch Euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen werden wird.

Darum wollen wir uns trotz allen Schmerzes voll Hoffnung und Zuversicht in dieser Mischbestimmung zuwenden: Erene un Erene für das Recht unseres Volkes wollen wir miteinander einsehen alle Zeit und mit ganzer Kraft.

**Der Reichspräsident:** Bauer, Schiffer, Dr. Bell, Dr. David, Wegberger, Dr. Köster, Gieseler, Koch, Dr. Mayer, Müller, Neff, Schilde, Schmidt.

### Ununterbrochener Heimtransport der Gefangenen.

10. Januar. (Drahtnachricht.) Minister Lönchur und Generalstabschef Dulaß haben Breibern a. O. Person auf dessen Anfrage erklärt, daß die Vorbereitungen für die Demobilisierung der deutschen Kriegsgefangenen in eingehender Weise getroffen seien und daß der Heimtransport am Tage der Inkraftsetzung des Friedensvertrages sofort beginnen werde. Der gesamte Heimtransport aller Gefangenen dürfte ohne Unterbrechung auf das schnellste durchgeführt werden.

### Der Beginn des Abtransportes.

10. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Hannover meldet aus Paris: Am Freitag früh, nach dem die Deutschen ohne neue Einwirkungen die Unterzeichnung des Friedensvertrages geneigt haben, hat Ministerpräsident Clemenceau Anordnungen gegeben, daß am 15. Januar die Arbeit der Kriegsgefangenen im Wiederanfangsbetrieb teilweise einzustellen ist. Die Abtransportleistungen sollen am 17. Januar beginnen. Zunächst werden die noch in Lagertanks befindlichen Gefangenen abtransportiert, sobald folgen die im Aufnahmungsgebiet wohnhaften Gefangenen, denen sich im nächsten Stufen die Gefangenen anschließen. Der Pariser „Journal“ meldet: Nancy ist zum Hauptamtsort der abtransportierenden Kriegsgefangenen bestimmt. Es werden wöchentlich 120 000 Mann aus dem Wiederanfangsbereich zurückgezogen.

### Pariser Blätterstimmen zum Inkrafttreten des Friedensvertrages.

10. Januar. 2. Januar. Zu den wohl bekannten zweiten Phasen der Friedensverhandlung hat Paris in „Le Echo de Paris“: Der Vertrag von Versailles tritt morgen in Kraft. Wird er Kraft gelangen durch den Willkür und über durch Bündnisse, die zwischen den Siegern abgeschlossen werden? Das ist das einzige große Problem. Lloyd George und Clemenceau haben ein direktes Einvernehmen. Sie haben sich aber nicht für eines der beiden Systeme entschieden. Paris spricht dann noch von vielen Problemen, die noch nicht gelöst sind. Er will nicht, was die neue Friedenskonferenz von Paris beschließen werde. Aber wenn sie nicht dem im Frieden aus durch den Krieg geschaffenen Einverständnis eine andere Form geben können, wobei sie als höhere Form den Willkür beizubehalten können, welche der Friedensvertrag fordert, werde sie ein unheiliges Werk vollbringen. Bevor drei Monate vergangen seien, werde die Schwäche der in Versailles geschlossenen Waffenruhe sein.

Jacq's Beiwille sagt im „Excelsior“: Von morgen ab datiert die Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen, und damit beginnt der Frieden, den man mit Recht ein z. W. als „Weltfrieden“ bezeichnet hat. Für die Entlassung Deutschlands, für die Wiedergutmachungen, für die Wahrung des der Weltfriedensunterwerfung. Wenn, für alle Handels- und Finanzabkommen wird der 18. Januar als ein entscheidendes Datum zu gelten haben. Es ist ein historischer Tag, wie der 11. November 1918.

Dobyns sagt in der „Gazette“: Man befürchte sich in der Weltöffentlichkeit eine pessimistische Lage gegenüber. Als Präsident Wilson die Leistung der Friedensverträge angenommen und die wesentlichen Klauseln des Friedensvertrages diskutiert hatte, habe niemand daran gedacht, daß er am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages fehlen werde. Dobyns wünscht, daß das Beispiel vom Sonnabend jenseits des Ozeans so beständig werde, daß die Amerikaner sich entschließen, irgendeine Entscheidung zu treffen.

### Der Versicherer- und der Eisenbahnerstreik.

Ausbeziehung des Versichererstreiks. Die Verhandlungen der Eisenbahner.

10. Januar. Der Streik der Versichererangelegten befristet sich jetzt noch aus. Zu den bisher gemeldeten Erien sind noch weitere zehn gekommen. Der Schlichtungsausschuß hat gestern einen Spruch gefällt, dahingehend, daß die Unternehmern zu Verhandlungen gezwungen werden sollen. Falls bis Montag die Verhandlungen nicht begonnen haben, sollen diesem Spruch gemäß die Streiktage befristet werden.

Was den Eisenbahnerstreik betrifft, so nehmen die Tarifverhandlungen einen guten und recht schnellen Fortgang. Volles Einvernehmen mit allen Gewerkschaften ist erzielt. Die durchschnittliche Erhöhung der Löhne beträgt pro Stunde 1 Mark, das bedeutet für den Arbeitstag eine Verbesserung von 8 Mark. Wenn der Streik besonders in Ostpreußen und Ostpreußen noch nicht beendet ist, so liegt das daran, daß unverantwortliche kommunistische Elemente die Führung an sich gerufen haben und ihre politischen Zwecke durch den Streik verfolgen. In weise infamer Weise der Streik von diesen Elementen geführt wird, geht daraus hervor, daß seine Lebensmittellage und nicht einmal Währungsfrage durchgelassen werden.

### Streikauflösung der Versichererangelegten in Hannover.

10. Januar. 10. Januar. Die Versichererangelegten, etwa 1200, sind heute morgen in den Ausstand getreten. Nach Schluß einer Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug der Ausständigen, der sich nach dem Geschäftsgebäude des „Hannover Couriers“ bewegte. Dieser hatte den Streik als einen politisch n. bezeichnet.

### Beschlüsse des Obersten Rates.

Der Vollzugsrat des Völkerverbandes.

10. Januar. (Hannover.) Der Oberste Rat trat gestern vormittag unter Vorsitz Clemenceaus zusammen. Zunächst erfolgte Bericht über die Besprechungen, die er mit Vertretern von Berner geführt hat, um ihn von den Anforderungen, die von der Kommission für Schleswig getroffen worden sind, und die nach Inkrafttreten des Friedensvertrages durchgeführt werden sollen, in Kenntnis zu setzen. Der Rat beschloß also, die Kosten der Kontrollkommission der Rheinlande dem Reich aufzuerlegen, ebenso wie diejenigen der Besatzungstruppen. Hierfür beschloß der Rat mit dem Zustimmung des Vollzugsrates des Völkerverbandes, die Zustimmung ist auf den Wunsch des Reiches in Vorschlag. Das Datum des Zusammentritts wird später festgesetzt werden.

### Sach über die Kriegsehre.

10. Januar. Ministerialrat Koch antwortete in einer Unterredung mit dem „Excelsior“ auf die Frage, welche Ehre der Krieg und die Welt aus dem Krieg ziehen sollen: Die Ehre der Völkerverband. Auf kein belien Willen würde der Krieg immer unermehlich sein. Er könne an den Grenzen des friedliebenden Volkes entfangen, und es sei das Einverständnis, sich auf alle Möglichkeiten gebat zu machen.

### Besprechungen über die Auslieferung.

10. Januar. Hannover. Der Lordonster hatte gestern nachmittag mit dem Chef der Militärkategorie eine Besprechung über die Frage der Auslieferung deutscher Offiziere, welche die wegen gewisser Verbrechen Anklage erhoben werden sollen, namentlich aber über das Verlangen, den ehemaligen deutschen Kronprinzen, sowie über die geeigneten Mittel, um ihre Auslieferung durch Holland zu erreichen.

### Wilson gegen Deutschland.

Was zu Deutschland bereit sein soll.

10. Januar. Nach dem „Neuere Courant“ heißt es in der Postfach Wilsons an den demokratischen Nationalkongress weiter: Die Welt ist erst für die Demokratie. Die Demokratie hat schon noch nicht geübt. Deutschland ist gefangen. Aber Deutschland ist bereit, eine Politik der Anzweiflung und Verteidigungsmaßnahmen, die einen dauernden Frieden unmöglich machen, wieder aufzugeben. Wilson erklärt, er fasse die Stellungnahme des amerikanischen Senats nicht als die Entscheidung des Landes an und sei immer noch davon überzeugt, daß die überwindende Mehrheit des Landes die Ratifikation des Friedensvertrages verlangen.

### Der amerikanische Kampf um den Friedensvertrag.

10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Einer Pariser Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“ zufolge sind alle aus Amerika über die Friedensratifikation einflussreichen Nachrichten als unzuverlässig anzusehen. Von einer endgültigen Entscheidung ist der Senat jedenfalls noch immer weit entfernt, und auch die französische Regierung noch in den vorigen Tagen zu diesen Aussagen, wurden wieder zurückgestellt. Es wird in Pariser Kreisen befürchtet, die Republikaner wollten jetzt nicht einmal mehr Loges Referendum annehmen, sondern der Verfallener Vertrag ganz abgelehnen. Geht es aber Lord Grey, England zum Verzicht auf das Einverständnis der Kolonien im Völkerverband zu bewegen, so daß England gleich den anderen Staaten nur eine Stimme habe, dann würde auch der amerikanische Senat vielleicht von Ratifikation zu bewegen sein und den Frieden ratifizieren.

### Begrüßung von Kameruner Schutztruppen.

10. Januar. Der Minister für Afrika, Herr von Bülow, hat heute den Kameruner Schutztruppen in Kamerun, Oberst Zimmermann, und eine Abteilung dieser Schutztruppe. Der Minister begrüßte in besonderer Weise die von Internationals in Barken zurückkommenden Angehörigen der Schutztruppe von Kamerun, die die letzten wahren Kameruner Truppe nach dem Völkerverband sind. Der Minister erklärte die Beziehung des Schutzgebietes und betonte hierbei besonders die allgemeinen und humanitären Empfindungen, mit denen die Truppe zu kämpfen hat. Trodem hielt sie in einem Auspruch, von jeder Kamerun abgelehnt. Aber auch nach Jahre eines

### „Dresden“ und „Excelsior“-Mannschaften in Berlin.

10. Januar. 10. Januar. 200 Mannschaften und Marineangehörigen, die zur Befestigung des Kreuzers „Dresden“ und des Hilfskreuzers „Excelsior“ gehörten und in Chile interniert waren, sind heute auf Dahujo Charlottenburg eingetroffen und durch den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegesangehörigen empfangen worden. Nach einer nachträglichen Befragungsfeier haben die Besatzungsmitglieder in ihren Angehörigen angekreuzt. In der nächsten Woche erwartet man weitere Transporte. Etwa 200 Internierte sind in Mannschaften sind in Chile verbleiben, wo sie eine neue Heimat gefunden haben.

### Kein Ultimatum der Gastwirte.

10. Januar. Die Meldung, daß der deutsche Verband der Gastwirtsvereine der Regierung ein Ultimatum gestellt habe, wonach bis zum 30. Januar die Forderungen der Gastwirte erfüllt werden sollten, ist nicht zutreffend. Es finden statt Verhandlungen mit den Gastwirtsvereinigungen im ganzen Deutschen Reich. Doch ist erst das Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden, die der Berliner Magistrat und die Regierung gemeindefachlich darüber anstellen lassen, ob eine bessere Befriedigung der Wünsche möglich ist.

### Teilerlöser im westdeutschen Eisenbahnerstreik.

10. Januar. Die Reichskommission hat heute abend nach einer Konferenz der in Frage kommenden Behörden mit der dringlichen Streikleitung zur Durchführung der von der Eisenbahnerstreikleitung gestellten Forderungen statt. Es wurde beschlossen, daß sofort alle auf dem Bahnhofsgebäude befindlichen Kohlen den Kohlenwerke dieses Gebietes zugeführt und die Befreiung weiterer Kohlen eingeleitet wird. Zur weiteren Befreiung von Kohlen wird, falls bis Montag die Befreiung der Streiks bewirkt wird, in den Vermögenswerten die Entnahme von Strom und Gas nach 9 Uhr abends unterlag.

### Sachsen und die Eisenbahnerbewegung.

10. Januar. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gronauer, der heute in Leipzig weilte, erklärte einem Mitarbeiter des „Leipziger Tageblattes“, daß die sächsische Regierung bezweifle die Hoffnung, daß die Auslandsbewegung der Eisenbahner nicht nach Sachsen abgelenkt werde. Die Regierung werde in dauernder Fühlung mit den übrigen Eisenbahnervereinigungen, da die Befreiung der Eisenbahnen einseitig erfolgen müsse. Von einer Auslandsbewegung auf den sächsischen Staatsbahnen ist bisher nichts zu wissen. Die sächsischen Eisenbahner sind in der Befreiung der Eisenbahnen interessiert. Der Ministerpräsident hat auch die wöchentlichen Erhebungen der Löhne und Gehälter nicht zu umgehen ist, und glaubt, daß man auf eine Erhöhung um 50 Prozent zustimmen werde. Bezüglich der Kohlenverteilung läßt die Verhältnisfrage nach wie vor ungelöst. Doch sei eine Verteilung für die sächsischen Bahnen vorläufig nicht ins Auge gefaßt.

### 150 Prozent Teuerungszuschläge.

10. Januar. In der heutigen Besprechung mit Vertretern der Beamteneinigungen wegen Erhöhung der Teuerungszuschläge hat der Finanzminister der Finanzen erklärt, daß die Teuerungszuschläge für die Beamten des Reiches nach herbeigeführt, daß für die Beamten des Reiches die laufenden Teuerungszuschläge (ausschließlich der Kinderzulagen) mit Wirkung vom 1. Januar 1920 um 150 Prozent erhöht werden bis zum 1. April 1920, als dem für das Inkrafttreten der Besatzungsreform in Auslast genannten Zeitpunkt. Die Kinderzulagen bleiben unverändert bestehen. Auf den hiernach am 1. Januar dieses Jahres fälligen Gehältern werden die bereits bemittelten Teuerungszuschläge anzurechnen. Der preussische Finanzminister hat sich bereit erklärt, sich dem Teuerungszuschläge des Reiches anzuschließen. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, die Gewerkschaft der öffentlichen Arbeiter und der Deutsche Eisenbahnerverband übernehmen die Verpflichtung, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Teuerungszuschläge auch innerhalb der Beamtenpflicht befürwortet worden Korruption ausgemerzt wird. Die Organisationen werden sich dafür einsetzen, daß im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen für die Beamten von diesen die Notwendigkeit vollster Anspannung ihrer Kräfte anerkannt wird, und daß dort, wo es bisher nicht der Fall war, Arbeitswille und Arbeitsleistung sich in erhöhtem Maße einstellen. Sie erklären, daß die Beamtenpflicht angesichts der Einwirkungen auf ihre Einkünfte bis zum 1. Januar 1920 von weiteren Forderungen absehen wird, es sei denn, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine unvorhersehbare Verschärfung erfordern.

### Die Stärke der Besatzungstruppen.

10. Januar. Infolge der Rückkehr der Besatzungstruppen von Amerika wird die Stärke der Besatzungstruppen folgende sein: In Schleswig zwei Bataillone anstatt drei, in Danzig drei anstatt vier, in Westpreußen zwei anstatt vier, in Ostpreußen zwei anstatt sechs. Nach ausdrücklicher Versicherung der Ententesstaaten sollen diese Truppen weiter vermindert werden, wenn sich herausstellt, daß Ruhe und Ordnung gesichert bleiben. Das Gardebataillon für einige Wochen der militärischen Kontrolle eines französischen Generaladministrators unterstellt werden. Während dieser Zeit soll möglichst wenig in den beschriebenen Verhältnissen geändert werden, um der Regierungskommission nicht vorzugreifen, die später eingeleitet werden soll. Die Verhandlungen betreffend Danzig und Memel, die gestern abgebrochen wurden, haben unter anderem ergeben, daß unser Beamten dort einzuweisen in Tätigkeit sind.

### Die Erhebung der Goldzölle.

10. Januar. Der Reichskommissionar meldet: Der Oberste Rat der Alliierten in Paris hatte bekanntlich die Genehmigung erteilt, daß vom 1. Januar ab der Goldzoll durch Deutschland wieder erhoben wird. Der praktisch in Durchführung dieser Erlaubnis waren gleichwohl Schwierigkeiten in den Weg getreten, weil die Verordnung tatsächlich

### Glutarin, Verdole und Sawjade.

10. Januar. Der Reichskommissionar meldet: Die Erhebung der Glutarin, Verdole und Sawjade wird durch die Reichskommission in Paris beschlossen. Die Erhebung wird durch den Reichskommissionar in Kamerun, Oberst Zimmermann, und eine Abteilung dieser Schutztruppe.